

Freitag, 05. Oktober 2018,

Auto-Experte gegen Diesel-Einigung: Dudenhöffer greift "halbgares Konzept" der Koalition an

Ferdinand Dudenhöffer hält nichts von den Plänen der Koalition zur Bewältigung der Dieselkrise. In einer Fernsehsendung fand er deutliche Worte.

Der Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer hat die Einigung der Koalition zur Beilegung der Dieselkrise scharf kritisiert.

"Nach drei Jahren traut man sich mit so einem halbgaren Konzept an die Öffentlichkeit (...), man hätte ein Gesamtkonzept vorstellen können, wenn man die Autobauer vorher damit einbezogen hätte", sagte er am Donnerstagabend in der ZDF-Sendung "Maybrit Illner".

Wenn man von vornherein überlegt hätte, "wie man Hardware-Nachrüstungen umsetzen kann, (...) dann wären wir heute wesentlich weiter." Die Verbraucher schauten nun in die Röhre, weil die Regeln schlecht seien.

Das Konzept der Koalition sieht zwei zentrale Punkte vor: Umtausch und Nachrüstung.

Wer seinen alten Wagen mit der Abgasnorm Euro 4 oder 5 abgibt und dafür ein moderneres Fahrzeug – neu oder gebraucht – kauft oder least, bekommt von Herstellern eine Prämie.

Daneben geht es um die technische Nachrüstung von Euro-5-Dieseln. Die will die Regierung grundsätzlich ermöglichen und den Konzernen in Rechnung stellen.

Dudenhöffer vermutet Wahlkampf-Parolen

Die Grünen-Vorsitzende Annalena Baerbock forderte die Bundesregierung dazu auf, gesetzliche Regeln für eine Hardware-Nachrüstung aufzustellen.

Es müssten "politische Leitplanken" gesetzt werden. "Seit drei Jahren wissen wir, dass ein Betrugsfall vorliegt. Und jetzt so zu tun und zu sagen: 'Ach nee, eigentlich, so richtig betrogen haben wir nicht', geht vollkommen an der Realität vorbei", sagte sie.

Dudenhöffer warf Baerbock Wahlkampf vor. Es gebe keine gesetzliche Handhabe gegen die Autobauer, um sie zu Nachrüstungen zu zwingen. (dpa/mer)

RP ONLINE

TV-Talk mit Maybrit Illner

„Die Auto-Industrie tanzt der Politik auf der Nase herum“



Düsseldorf Das Diesel-Paket der Regierung war am Abend Thema bei Maybrit Illner im ZDF. Begeisterung kam über die Pläne zu Rabatten und Nachrüstung nicht auf. Die Gäste kritisierten vor allem die Autohersteller, die Verbesserungen endlich ernster nehmen müssten.

Die Gäste

- Annalena Baerbock, Parteivorsitzende, Bündnis 90/Grüne
- Bernd Althusman, stellv. Ministerpräsident Niedersachsen (CDU) und Mitglied im VW-Aufsichtsrat
- Florian Pronold, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, SPD
- Ferdinand Dudenhöffer, Professor für Automobilwirtschaft
- Klaus Müller, Vorstand der Verbraucherzentralen
- Uwe Hochgeschurtz, Vorstandsvorsitzender der Renault Deutschland AG
- Matthias Schmitz, VW-Diesel-Geschädigter

Der Frontverlauf

Auto-Experte Ferdinand Dudenhöffer steigt hart ein. Er nennt den Diesel-Kompromiss der Bundesregierung ein "halbgares Konzept", mit dem sich die Bundesregierung nun nach drei Jahren an die Öffentlichkeit wage. Man hätte die Autobauer früher einbeziehen müssten. „Wenn man von vornherein überlegt hätte, wie man Hardware-Nachrüstungen umsetzen

könnte, wäre man heute viel weiter.“ Dass diese Nachrüstung wirklich ins Laufen komme, bezweifelt er.

Maybrit Illner fragt sich, warum die Konzerne eigentlich keine sonderliche Angst vor Verlusten durch verärgerte Reaktionen ihrer Kunden hätten. Für den Autoexperten Dudenhöffer ist diese Vertrauenskrise kein sehr starkes Motiv für die Konzerne: „In China werden 25 Millionen Autos verkauft, in Deutschland drei Millionen.“



05. Oktober 2018, 06:53 Uhr

Drei Jahre nach dem Diesel-Skandal hat die Bundesregierung einen mühsamen Diesel-Kompromiss ausgehandelt. Ein Automobil-Experte nannte das Ergebnis bei Maybrit Illner "ärmlich", Grünen-Chefin Annalena Baerbock beklagte einen massiven Vertrauensverlust in die Politik.

Prof. Ferdinand Dudenhöffer: Der Automobilexperte von der Universität Duisburg-Essen brachte eine leichte Krawallnote in die Sendung, legte sich mit Althusmann und Grünen-Chefin Baerbock an. Den Kompromiss bezeichnete er als "erbärmlich". Zur geplanten Erhöhung der Stickoxidobergrenze, um Fahrverbote zu umgehen, sagte er: "Das ist ja fast schon Bananenrepublik." Sogar für die hohen Umfragewerte der Grünen und der AfD machte er den Vertrauensverlust in die Regierung verantwortlich. Zu Abgastests unter Laborbedingungen sagte er spöttisch: "Der liebe Gott könnte keine besseren Bedingungen schaffen."

Was war das Rededuell des Abends?

Ferdinand Dudenhöffers Brandrede gegen Annalena Baerbock. Nachdem die Grüne die Regierung aufgefordert hatte, die Industrie zu Hardware-Nachrüstungen zu verpflichten, platzte es aus ihm heraus. "Sie wissen ganz genau, dass es rechtlich nicht geht. Sie machen jetzt Wahlkampf, indem Sie sagen, ihr müsst die Automobilindustrie zwingen."

Baerbock widersprach empört: "Es geht sehr wohl!"

Aber Dudenhöffer legte nach: "Nein, es geht eben nicht. Wir haben ein Rechtssystem und in dem Rechtssystem ist was verkauft worden. Das Fahrzeug gehört nicht mehr den Autobauern, sondern den Autofahrern. Einfach zu sagen, wir müssen die Autoindustrie zwingen, ist Demagogie." Baerbock sagt daraufhin nichts mehr.

Vielleicht ist an der These Ferdinand Dudenhöffers tatsächlich etwas dran: Auch durch den Vertrauensverlust in die Regierung im Umgang mit dem Dieselskandal seien einer Partei wie der AfD womöglich viele Wähler zugelaufen.

Politik als Schildbürgerstreich

VON FRANK LÜBBERDING

05.10.201

....Trotzdem sprach [Ferdinand Dudenhöffer](#) gestern Abend von Demagogie. Es war an die Adresse der Grünen und einiger Verbraucherschützer gerichtet. Diese erzählen dem geneigten Publikum seit Jahren immer die gleiche Geschichte: Die Politik müsste die Automobilhersteller bei ihren Dieselmotoren zu Nachrüstungen zwingen. Alles andere wäre Betrug am Kunden.

Frau [Baerbock](#) müsste wissen, dass diese Forderung „rechtlich nicht geht“, so der Duisburger Experte für die Automobilwirtschaft.

.... Außerdem hatten die meisten Anbieter in Europa noch nicht einmal solche illegale Abschaltvorrichtungen bei ihren Diesel-Fahrzeugen eingebaut. Es gab nämlich eine europäische Richtlinie für die Zulassung von Dieselmotoren, die die Abschaltung der Schadstoffreinigung erlaubte. Dudenhöffer nannte diese Richtlinie mit guten Gründen „katastrophal.“ Die Messwerte etwa über den Stickoxidausstoß standen nur auf dem Papier. Dafür sorgte ein Prüfverfahren im Labor unter „idealisierten Bedingungen“, so Dudenhöffer. Selbstredend zum Nutzen der Hersteller.

...Dudenhöffer machte die Konsequenzen deutlich. Warum sollen die Hersteller Produkte nachbessern, die alle Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Zulassung erfüllt hatten? Die seit Jahren diskutierte Hardware-Nachrüstung müsste deshalb im Grunde von den Eigentümern der Fahrzeuge bezahlt werden, so Dudenhöffer: Das sind die Kunden. Warum soll Renault auch seine Fahrzeuge auf eigene Kosten nachrüsten, weil sich [Volkswagen](#) in den Vereinigten Staaten rechtswidrig verhalten hat? Frau Baerbock käme schließlich auch nicht auf die Idee, ein Bußgeld zu zahlen, weil ihr Nachbar falsch geparkt hat.

.....Trotzdem ist der jetzt gefundene Kompromiss zur Verhinderung von Fahrverboten in deutschen Großstädten die wahrscheinlich sinnvollste Regelung. Dudenhöffer nannte sie zwar „ärmlich“, aber wie soll die Politik sonst aus dieser Misere herauskommen, die offenbar von Schildbürgern konzipiert wurde? Die Hardware-Nachrüstung lässt sich wohl nur in der Phantasie von Frau Baerbock schnell verwirklichen.

....Es existiert aber für die drei Parteien in der [Bundesregierung](#) ein nicht zu unterschätzendes politisches Risiko, worauf Dudenhöffer hinwies.